

In Auszügen: Die Haushaltsreden der Fraktionen

Beiträge der Parteien und Gruppierungen des Gemeinderats zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2009/2010 am 16. Dezember
Die vollständigen Texte finden sich im Internet unter www.freiburg.de/haushalt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Green City

Dieser Slogan ist nicht nur eine zündende Marketingidee, sondern trifft einen wahren Kern: Freiburg hat die Riesenchance, als Modellstadt Antworten auf die drängenden ökologischen Probleme der Zukunft zu geben. Ich möchte Sie mitnehmen zu einem kurzen Überblick darüber, wie weit wir gekommen sind und was wir in den nächsten Jahren vorhaben.



Fraktionsvorsitzende Maria Viethen

Innovatives Wirtschaften

Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass nachhaltiges Wirtschaften

auch weltweit die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung ist. Ebenso wie der Raubbau an natürlichen Ressourcen unsere Lebensgrundlage gefährdet, untergräbt das regellose Gewinnstreben auf den globalisierten Kapitalmärkten die Grundlagen des gesellschaftlichen Wohlstands. Auch auf kommunaler Ebene ist eine vorausschauende Finanzpolitik Voraussetzung dafür, die zukünftigen Herausforderungen zu meistern.

Ausgangslage

Der letzte Doppelhaushalt 2007/2008 war ein Sparhaushalt: 40 Jahre SPD-Führung hatten der Stadt nicht nur große Investitionsprojekte wie das Konzerthaus oder die Neue Messe, sondern auch einen Schuldenberg von über 320 Mio. Euro beschert. Der Schuldendienst betrug fast 30 Mio. Euro pro Jahr, davon allein ca. 16 Mio. Zinsen. Und die Schuldenlast wäre noch wesentlich höher gewesen, wenn nicht über Jahre hinweg städtisches Vermögen veräußert worden wäre, um laufende Ausgaben zu decken. Die Infrastruktur – angefangen mit den Schulgebäuden bis hin zu Straßen und Brücken – war marode. Es war eben viel prestigeträchtiger, Neues auf den Weg zu bringen, als sich um Bestehendes zu kümmern. Bereits bei der Verabschiedung des letzten Doppelhaushalts beschloss die Mehrheit dieses Hauses eine Kehrtwende: Mindestens 15 Mio. Euro pro Jahr fließen seitdem in die konsequente Entschuldung der Stadt, mindestens 15 Mio. in die Sanierung der städtischen Infrastruktur, vor allem der Schulen. Teile des Gesamtpakets waren zudem eine Verwaltungsreform, die Restrukturierungspläne der städtischen Gesellschaften sowie auch 10-prozentige Kürzungen der Zuschüsse an Freie Gruppen und Einrichtungen. Letztere konnten – ebenso wie manches Projekt der Verwaltungsreform – nicht zu 100 Prozent umgesetzt werden. Jedoch wurde damit auch im Zuschussbereich ein Signal gesetzt, dass die Stadt umdenkt.

Unsere Maßnahmen greifen

Allein im Jahre 2008 wurden 25,5 Mio. Euro Schulden getilgt. Damit konnten die städtischen Schulden erstmals wieder unter 300 Mio. gedrückt werden. Daneben haben wir in den letzten beiden Haushaltsjahren rund 70 Mio. in die Sanierung städtischer Gebäude investiert, davon allein 80 Prozent in Schulgebäude. Der derzeitige Haushaltsentwurf sieht weitere 30 Mio. Euro jährlich für die Sanierung und Unterhaltung von Schulgebäuden vor. Dies alles ist ein gigantisches Konjunkturprogramm, das angesichts der drohenden Rezession beim Handwerk willkommen ist. Es ist unser fester Wille, diesen Konsolidierungskurs in den nächsten Jahren fortzusetzen. Für 2009/2010 werden Einnahmen deutlich über dem Niveau der Vorjahre prognostiziert. Gleichzeitig ist die Welt um uns herum im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind eingebrochen, die westlichen Regierungen wetteifern mit Konjunkturprogrammen gegen die drohende Rezession. Die aber kommt auf jeden Fall und wird auch das beschauliche Freiburg nicht verschonen. Meine Fraktion hat deshalb weitgehend Zurückhaltung geübt bei Änderungsanträgen zum Entwurf der Verwaltung. Es ist ohnehin ein „grüner“ Haushaltsentwurf, der die Schwerpunkte nach unseren Vorstellungen setzt.

Kultur

Bei den Anträgen hat meine Fraktion den Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung gelegt und folgt damit der Empfehlung des Beteiligungshaushalts wie auch dem Freiburger Kulturkonzept. Kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche – nicht nur aus sog. bildungsfernen Milieus – bieten Identitätsstiftung und Auseinandersetzung über gesellschaftliche Werte. Wir haben uns deshalb entschlossen, nicht mit der Gießkanne die Zuschüsse vieler zu erhöhen, sondern setzen unseren Schwerpunkt bei der Unterstützung des Theaters im Marienbad. Dort wird seit Jahren unter miserablen finanziellen Bedingungen vorbildliche Arbeit auf dem Gebiet der kulturellen Bildung geleistet. Wir sehen den Bestand des Kinder- und Jugendtheaters gefährdet, wenn die Stadt nicht eingreift, und wollen das Wegbrechen dieser für Freiburg wichtigen Einrichtung verhindern.

Grüne Schwerpunkte

Haushaltskonsolidierung und vorsichtiges Wirtschaften sind kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzungen dafür, dass die Stadt die Aufgaben der Zukunft meistern kann. Dabei setzt meine Fraktion folgende Schwerpunkte:

Klimaschutz durch Baumaßnahmen

Das von uns maßgeblich geprägte Freiburger Klimaschutzkonzept hat sich als Ziel die Einsparung von 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2030 gesetzt. Auch in diesem Haushalt fließen 10 Prozent der Konzessionsabgabe der Badenova – das sind derzeit rund 1,2 Mio. Euro jährlich – in zusätzliche Klimaschutzprojekte. Damit sollen unter anderem der Neubau beziehungsweise die Sanierung städtischer Gebäude im Passivhausstandard und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung mit energiesparenden Natriumlampen angeschoben werden.

Auch die städtischen Gesellschaften haben umfangreiche Klimaschutzprogramme: Die VAG stellt ihren kompletten Stadtbahn-Betrieb auf Ökostrom um, was eine CO₂-Einsparung von 7000 Tonnen pro Jahr bedeutet. Die Freiburger Stadtbau baut die Bugginger Str. 50 zum ersten Hochhaus in Passivhausstandard um und hat sich zum Ziel gesetzt, künftig auch Neubauten in Passivhausstandard zu errichten. Ein großes Fotovoltaikprogramm auf den Stadtbauflächen mit über 700 kWp wird im nächsten Jahr erfolgreich abgeschlossen. Millionen werden von Stadt und Stadtbau investiert, um ihre Wohnungen und Gebäude energetisch zu sanieren. Das kommt nicht nur dem Klima, sondern auch den Mietern zugute, denn die „zweite Miete“ (Nebenkosten) wird dadurch gesenkt. Ab Januar 2009 setzt der Stufenplan zur stadtweiten Einführung der Passivhausausweise bei Neubauten ein, der auf Initiative unserer Fraktion zustande kam.

Mobilität

Perspektivisch soll der Anteil von Rad- und Fußgängerverkehr am Gesamtverkehrsaufkommen vergrößert werden. Es braucht Anreize, damit die Menschen vom Auto umsteigen in Busse und Bahnen, das Fahrrad benutzen oder zu Fuß gehen. Von 2011 bis 2015 sollen alle drei geplanten Stadtbahnlinien, also die Linien nach Zähringen, über den Rotteckring und die Messelinie, gebaut werden.

Wohnungsbau ist Mietpreisdämpfung

Die Mieten in Freiburg sind im Vergleich zum Landesdurchschnitt hoch. Nicht der Mietspiegel treibt die Mieten in die Höhe, er bildet – gesetzlich so vorgeschrieben – lediglich die Entwicklung der letzten vier Jahre bei Neuabschluss oder Änderung von Mietverträgen ab. Freiburg gehört zu den beliebtesten Wohnorten der Republik, die Nachfrage treibt die Mietpreise in die Höhe. Gesucht wird vor allem preiswerter Wohnraum für Familien. Der Mietpreisanstieg kann nur durch ein erhöhtes Angebot wirksam begegnet werden, also durch den Bau von Wohnungen. Wir haben das ehrgeizige Ziel, dass in Freiburg bis 2012 insgesamt 4000 neue Wohnungen gebaut werden.

Bekämpfung der Kinderarmut

Wir haben „Grüne Bausteine zur Armutsprävention“ entwickelt, in deren Zentrum die Bekämpfung der Kinderarmut steht. Wirkungsvolle Sozialpolitik muss den Kreislauf der über Generationen hinweg verfestigten „Sozialhilfebiografien“ durchbrechen. Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern sollen nicht nur angemessen versorgt werden, sondern durch Bildungsangebote bessere Chancen für einen gesellschaftlichen Aufstieg erhalten.

Der vorliegende Haushalt enthält erhebliche Beträge für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen und für Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, um das Armutsrisiko Alleinerziehender zu verringern. 2007 hat unsere Fraktion beantragt, die Krippenplätze für unter Dreijährige zu verdoppeln. Dies wird ab 2009 jährlich 6 Mio. Euro mehr kosten. Wir haben zudem jährlich 50000 Euro für die Ferienbetreuung von Schulkindern eingestellt. Anfang dieses Jahres wurde auf Vorschlag unserer Fraktion das Ein-Euro-Mittagessen in Ganztagschulen und Kitas für Kinder aus benachteiligten Familien umgesetzt. Im Juli 2008 hat unsere Fraktion beantragt, Sprachförderung bereits in der Kita einzurichten. Um dieses Anliegen auch finanziell zu unterstützen, haben wir 400000 Euro pro Jahr für Sprachförderung eingestellt.

Ein weiterer Baustein ist das „Starterset für Schulanfänger“, das benachteiligte Kinder mit finanziellen Hilfen für den Schuleinstieg und zu Beginn jedes Schuljahrs unterstützt. Unser nächster Baustein ist ein Gutscheinsystem, das diesen Kindern die Teilhabe an Bildungsangeboten wie etwa Nachhilfe, das Erlernen eines Musikinstruments oder auch Sport im Verein ermöglichen soll.

Bildung als Zukunftsprojekt

Mit der Bekämpfung der Kinderarmut eng verzahnt sind viele unserer Projekte im Bildungsreich. Im Haushalt eingestellt ist die Fortführung der „Bildungsregion Freiburg“. Gelingende Bildungsbiografien für jedes Kind von der Kita bis in die Ausbildung hinein sind ihr erklärtes Ziel. Freiburg ist Pilotprojekt und Modell für weitere 44 Bildungsregionen, die in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg entstehen sollen. Der 75000 Euro schwere Innovationsfonds mit dem Untertitel „Gutes Geld für gute Ideen“ unterstützt Schulen bei ihrer Vernetzung untereinander und mit außerschulischen Partnern. Es geht um soziales Lernen, berufliche Orientierung, kulturelle Bildung, die Förderung von Migrantenkinder und die Einbeziehung ihrer Eltern. Der vor kurzem veröffentlichte Bildungsbericht hat die Potenziale der Bildungsstadt Freiburg herausgestellt, aber auch deutlich gemacht, was noch alles zu tun ist. Gerade im Bereich Integration von Einwandererkindern gibt es noch viele offene Baustellen, die wir in den nächsten Jahren bearbeiten müssen.

JUNGES FREIBURG

Jugend im Haushalt

Mit diesem Haushalt werden wir über 30 Mio. Euro Schulden abbauen und über 60 Mio. Euro in die Sanierung investieren. Wir haben es geschafft, die Quote der Hauptschulabbrecher deutlich zu senken und garantieren ihnen Ausbildungs- und Praktikaplätze. Durch Ganztagschulen und Schulsozialarbeit werden sich die Aufgaben der offenen Jugendarbeit verändern. Deshalb wollen wir einen Prozess starten, um deren Konzeption zu überarbeiten.



Sprecher Sebastian Müller

Wir müssen verhindern, dass Jungs zur neuen benachteiligten Gruppe werden! Mit unseren Anträgen haben wir die Ergebnisse von „Jugend im Haushalt“ aufgegriffen: Auf unsere Initiative wurde mehr Geld für Skateplätze eingestellt. Das auf unsere Initiative eingeführte Gemeinnützige Bildungsjahr bietet Jugendlichen die Möglichkeit, im Feld zwischen Politik, Kultur und Verwaltung zu agieren. Gleichzeitig schafft die Stadt auch mehr Ausbildungsplätze. Für die Freien Träger der Jugendhilfe steigen die Zuwendungen zu den Personalausgaben um 10 Prozent, das sind mehr als 380000 Euro. Auf unsere Initiative wird im Bermudadreieck ein sozial-arbeitnehmerisches Angebot gemacht.

Die vollständige Rede finden Sie im Internet unter: www.junges-freiburg.de

CDU

Teilhabe und Zukunftsbeständigkeit für die Menschen

Als die Verwaltung am 16. September 2008 den Doppelhaushalt 2009/2010 einbrachte, hatten wir aus zweierlei Gründen Anlass zu Freude: Zum einen hatte der Haushaltsentwurf viele Anregungen



Fraktionsvorsitzender Wendelin Graf von Kageneck

der im Beteiligungshaushalt erarbeiteten Vorschläge der Bürger aufgenommen, zum anderen steht der Entwurf des Doppelhaushalts – ich zitiere den Ersten Bürgermeister – in der Kontinuität der Politik der letzten zwei Jahre unter der Überschrift „Sanieren der Substanzen und Finanzen unserer Stadt“. Damit wird der von unserer Fraktion entwickelte und vom Gemeinderat beschlossene „Masterplan“ zur Entschuldung und zur Sanierung des städtischen Vermögens kontinuierlich umgesetzt. (...)

Was ist uns wichtig?

Wir stellen uns weiterhin der Verantwortung, unsere Stadt für die Zukunft „winterfest“ zu machen, somit die nachhaltige Entschuldung sowie die Sanierung des städtischen Vermögens fortzusetzen und die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Freiburg für seine Bürger auch in Zukunft eine starke und lebenswerte Stadt sein kann. Zur Umsetzung dieses Ziels sind für uns zwei Leitlinien wichtig. Erstens: Die Teilhabe der Bürger am Gemeinwesen „Stadt Freiburg“. Die Teilhabe möglichst vieler Bürger stärkt das Gemeinwesen und ist Voraussetzung dafür, dass sie Eigenverantwortung übernehmen können. Zweitens: Die Zukunftsbeständigkeit Freiburgs. Um die Zukunftsbeständigkeit unserer Stadt zu gewährleisten, ist eine solide Haushaltspolitik und damit eine nachhaltige wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung erforderlich.

Woher kommen wir?

Wir erinnern uns: Noch in den Jahren 2005/2006 war die Stadt in einer verzweifelt finanziellen Situation. Wir mussten reagieren. (...) Unser Masterplan zeigt nun Erfolge. Innerhalb von zwei Jahren konnten fast 40 Mio. Euro Schulden getilgt werden. Damit nicht genug: Im letzten Doppelhaushalt standen über 90 Mio. Euro für Sanierung, Instandhaltung und Investitionen an städtischen Gebäuden, vor allem an Schulen, zur Verfügung.

Masterplan im laufenden Haushalt

Zusätzlich sind im Doppelhaushalt für die Sanierung und den Umbau städtischer Gebäude knapp 80 Mio. Euro vorgesehen, drei Viertel davon für die Schulen. Dieses große Investitionspaket im Vermögenshaushalt wird ohne jede Neuverschuldung

umgesetzt. Mit diesen Investitionen setzt die Stadt ihr Konjunkturprogramm aus dem letzten Doppelhaushalt fort und bewirkt damit auch für die Jahre 2009 und 2010 wirtschaftliche Impulse für den Mittelstand und die Arbeitsplatzsituation in der Region.

Städtische Gesellschaften

(...) Die städtischen Gesellschaften erbringen für unsere Stadt und die Region unverzichtbare Leistungen im Bereich der Daseinsvorsorge und im Aufbau der Infrastruktur.

Umstrukturierungsmaßnahmen

Die finanzielle Konsolidierung des Haushalts wird von Umstrukturierungsmaßnahmen begleitet, vor allem im Theater und im Bereich der Verwaltungsreform (...). Hierbei stellt sich auch die Frage, welche Aufgaben die Stadt in Zukunft zu leisten hat. Somit richtet sich unser Blick auf einen politischen Kernpunkt, und zwar den Gedanken der Subsidiarität, die Stärkung der Eigenverantwortung.

Stärkung der Eigenverantwortung

Der Staat kann nämlich nicht alle Erwartungen der Bürger erfüllen. Eine Stadtgesellschaft vermag daher ihre soziale Funktionsfähigkeit nicht ohne das bürgerschaftliche Engagement ihrer Einwohner zu erhalten. Wir sind hier in Freiburg auf einem guten Weg. Wir haben eine Vielzahl positiver Beispiele von ehrenamtlicher Tätigkeit. (...) Des Weiteren setzen sich die Bürgervereine ehrenamtlich für die Interessen ihrer Bürger in den verschiedenen Stadtteilen ein. Und letztlich sind es die Vereine, die einen unentbehrlichen Beitrag ehrenamtlichen Engagements für die Menschen in unserer Stadt leisten. Die Arbeit der Vereine darf nicht behindert, sie muss vielmehr gefördert werden. Wir sind daher erfreut darüber, dass unser Antrag, den ehrenamtlich tätigen Vereinen eine zweite unentgeltliche Hallennutzung im Jahr einzuräumen, im Gemeinderat eine Mehrheit gefunden hat. (...)

Teilhabe an der Stadtgesellschaft

Die Übernahme von Eigenverantwortung setzt jedoch voraus, dass den Bürgern die Möglichkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft eingeräumt wird. Von zentraler Bedeutung ist somit die Integrationsfrage. Sie ist im Kern eine Bildungsfrage. Die Ergebnisse der Pisa-Studie haben uns gezeigt, dass der Zusammenhang zwischen „Einkommens- und Bildungsarmut“ in Deutschland besonders hoch ist.

Stärkung der Familie

Die Stärkung der Familie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Stärkung der Kinder und Jugendlichen. Starke Kinder benötigen starke Eltern. Aus Sicht der CDU ist die Familie die gesellschaftliche „Kernressource“. (...) Wir haben im Rahmen der Haushaltsdebatte durch verschiedene Anträge mehr Mittel für begleitende Maßnahmen zur Stärkung der Familien gefordert und hierfür dankenswerter Weise auch Mehrheiten im Gemeinderat gefunden.

Zukunftsfähigkeit unserer Stadt

Nur auf der Grundlage einer soliden Finanzpolitik können neben den Pflichten der vielen freiwilligen Leistungen in den Bereichen Soziales, Kultur und Bildung, Sport und Ökologie erbracht werden. Hieraus folgt, dass es auch in Zukunft vorrangiges Ziel sein muss, die Entschuldung und die Sanierung des städtischen Vermögens fortzusetzen. Die wirtschaftliche Stärkung von Freiburg als Oberzentrum erfordert vorausschauende Schritte in die Zukunft. (...)

Im Bereich der Umwelt und der Solarwirtschaft hat Freiburg weltweite Anerkennung. Unsere Stadt verfügt über hochqualifizierte wissenschaftliche Einrichtungen im Bereich der Umwelt.

Wir sind stolz auf unsere Universität als eine von vier Exzellenzuniversitäten in unserem Land. Die Universität ist ebenso wie die anderen Hochschulen mit ihren Mitarbeitern und Studenten ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für unsere Stadt. Unser Interesse ist es, Freiburg nicht nur als Wissenschaftsstandort zu halten, sondern, soweit auf kommunalpolitischer Ebene möglich, die Universität bei ihren Bemühungen zu stärken, ihren weltweiten Ruhm als Exzellenzuniversität auszubauen. Darüber hinaus ist der Charakter Freiburgs und somit auch die Stadtqualität ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Was meine ich damit? Freiburg ist als touristisches Juwel geschätzt, es zeichnet sich durch seine Lage, seine Geschichte, zu der auch die Universität gehört, seine Stellung als Bischofssitz, seinen urbanen Charakter mit der Altstadt, ihren Bächle und vielen Denkmälern – an der Spitze das Freiburger Münster – sowie sein reiches kulturelles Angebot aus.

Mit anderen Worten: Nicht nur das, um es neudeutsch auszudrücken, Cluster „Green City“, sondern diese oben beschriebene Vielfalt verleiht unserer Stadt ihre Attraktivität. Die CDU sieht Handlungsbedarf insbesondere für die Oberstadt. (...) Hier ist sowohl die Stadtentwicklung als auch die Wirtschaftsförderung gefordert, um in Abstimmung mit den Bewohnern und den Geschäftsinhabern eine Verbesserung des Umfelds herbeizuführen.

Wir müssen auch die Infrastruktur in den Ortschaften und Stadtteilen weiterentwickeln. Für junge Familien, berufstätige Frauen, aber auch für älter werdende Menschen sind hierbei die kurzen Wege bei den täglichen Abläufen wichtig.

Für die Mobilität der älteren Menschen ist es wichtig, dass in der Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen ausreichend Stühle und Bänke zur Verfügung gestellt und die Fußgängerzonen barriere-

frei gestaltet werden. Wir haben daher beantragt, im Doppelhaushalt entsprechende Mittel einzustellen. Auch das Thema „Lärmschutz“ wird uns immer mehr beschäftigen. Gemeinsam mit der Region kämpfen wir für einen optimalen, menschenfreundlichen Lärmschutz entlang des 3. und 4. Gleises. Die Lärmbelastungen entlang der B 31 Ost können wir nur durch den Bau des Stadttunnels in den Griff bekommen. (...) Zudem hat die Stadtverwaltung auf den Antrag der CDU hin das städtische Förderprogramm für die energetische Sanierung von Altbaubestand erheblich erweitert.

Ein weiteres wesentliches Element für die Stadtqualität und damit ein Standortfaktor sind die kulturellen Einrichtungen. (...) Zentraler Bestandteil für eine nachhaltige Stadtentwicklung ist es, den sozialen Zusammenhalt der Bürgerschaft zu organisieren und zu erhalten. Hier möchte ich den Vorwurf des SPD-Kollegen Krögner nicht unwidersprochen stehen lassen, der für die SPD erklärt hat, dass durch die schwarz-grüne Koalition die soziale Balance in unserer Stadt verlorengegangen sei. Um es gleich zu sagen: Diese Beschuldigung hat mit der Realität nichts zu tun, sie ist Wahlkampf pur. Die SPD lässt folgende Punkte unberücksichtigt: Die Schuldentilgung sowie die Sanierung des städtischen Vermögens sind von einer hohen sozialen Verantwortung gegenüber den Bürgern, insbesondere gegenüber der nachfolgenden Generation getragen. Mit anderen Worten: Das jahrelange Aufhäufen von Schulden und Vernachlässigen des städtischen Vermögens war und ist nichts anderes als unsozial.

Die Stadt Freiburg hat in den Sanierungsverfahren Weingarten West und Haslach großzügig in das Wohnumfeld investiert. Auch die verstärkten Maßnahmen der Stadtbau zur energetischen Sanierung sowie das Investitionsprogramm für den Bau weiterer Wohnungen stabilisieren den Miet- und Wohnungsmarkt. Dies führt zu einer deutlichen Entlastung der Mieter.

Ganz entscheidend ist jedoch, dass nunmehr durch verstärkte Investitionen in den präventiven Schutz der Kinder und der Familien, in Sozialarbeit und in eine Bildungsoffensive sozusagen „das Übel an der Wurzel gepackt wird“, dass nämlich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und der Entwicklung des weiteren Lebenswegs junger Menschen gesprengt und somit die Chancengleichheit für die Teilnahme an der Gesellschaft ermöglicht wird. Dies ist ein ganz entscheidender Schritt nach vorne, durch den auf Dauer und somit nachhaltig der soziale Zusammenhang in der Stadtgesellschaft gefestigt werden kann. Dies muss unser Ziel sein, und wir sollten uns davor hüten, durch rein wahltaktisches Verhalten unsere Gesellschaft zu spalten.

(...) Danken möchte ich allen Bürgern, die sich in den vergangenen Jahren ehrenamtlich eingebracht und insbesondere beim Beteiligungshaushalt engagiert haben. (...) Für Max Weber bedeutet die Politik „ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern, ohne Eitelkeit, dafür mit Leidenschaft und Augenmaß“. Dies wünsche ich uns allen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

SPD

Zukunft gestalten, Vielfalt sichern, Ausgrenzung verhindern

Herr Oberbürgermeister und Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, wissen Sie noch, wie Sie in ihren Stellungnahmen in den vergangenen Jahren fast nur vom Geld, von den Finanzen



Fraktionsvorsitzende Renate Buchen

gesprochen haben? Wir als SPD haben Ihnen immer die Auswirkungen Ihrer Sparpolitik auf die Menschen vorgehalten. Ich finde es gut, dass heute die Menschen wieder im Vordergrund stehen, so habe ich es jedenfalls auch bei den Reden meines Vorgängers herausgehört. Wir verabschieden heute zahlenmäßig einen Haushalt, der für die Stadt Freiburg als historisch anzusehen ist.

In der Badischen Zeitung war zuletzt ein Artikel über die Diskussion des Finanzberichts im Gemeinderat und über die unterschiedlichen Sichtweisen der Fraktionen zu lesen. Wo wir uns sicher alle einig sind: Hohe Steuereinnahmen durch eine gute Konjunktur und Haushaltskonsolidierung als Daueraufgabe des Gemeinderats sind die Eckpfeiler des letzten Doppelhaushalts und des jetzt zu beschließenden Doppelhaushalts, jedenfalls gilt das sicher trotz Finanzkrise noch für das Jahr 2009.

Historisch ist vor allen Dingen an diesem Haushalt, dass wir seit zwei Jahren genügend Spielräume für die zügige Sanierung der Schulen und der Verkehrsinfrastruktur haben und trotzdem jährlich 20 Millionen Euro Schulden tilgen können. Die SPD-Fraktion trägt das Prinzip mit, in guten Zeiten möglichst viele Schulden abzubauen. Wenn dieses Prinzip allerdings zum Selbstzweck werden sollte, zu Lasten von Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, werden wir auch weiterhin unsere Stimme erheben.

Zukunft gestalten, Vielfalt sichern, Ausgrenzung verhindern

Die SPD-Fraktion sieht nach den schwarz-grünen Streichungen des letzten Doppelhaushalts die Schwerpunkte in den Bereichen Kinder, Jugend und Kultur als bildendes Element.



„Regierungsbank“ mit Erstem Bürgermeister Otto Neideck, Oberbürgermeister Dieter Salomon und Bürgermeister Ulrich von Kirchbach (v.l.) (Fotos: M. Spiegelhalter)

Zu unseren Anträgen, von denen ich aus Zeitgründen nur einige nenne: Schon die Zahlen im noch laufenden Haushalt zeigen, dass die 10-Prozent-Kürzungen vor allem im sozialen und kulturellen Bereich leicht hätten zurückgenommen werden können, ohne auch nur ein Jota am Konsolidierungskurs zu verändern. Wir haben uns dieses Mal nicht auf alle im Doppelhaushalt 07/08 beschlossenen Kürzungen konzentriert, um diese wieder rückgängig zu machen, die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und der CDU hatten genügend Gelegenheiten in den letzten 18 Monaten. Wir haben dort Anträge gestellt, wo wir in den nächsten beiden Jahren einen besonderen Handlungsbedarf sehen, ich nenne hier einige exemplarisch.

Zukunft gestalten

Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Rieselfeld war eines unserer Hauptanliegen, wir sind froh, dass fraktionsübergreifend die Unterstützung von K.I.O.S.K. im Rieselfeld eine Mehrheit bekommen hat, und Sie werden sich nun wundern, aber ich tue es trotzdem: Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir unterstützen das Bündnis für Familien in Freiburg mit einer ersten Förderung, um eine professionelle Arbeit zu ermöglichen. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zwischen CDU und SPD ist vereinbart: „Wir wollen dazu beitragen, dass Frauen und Männer ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können. Die große Mehrheit will sowohl beruflichen Erfolg als auch Kinder haben. Politik hat den Menschen nicht vorzuschreiben, wie sie leben sollen, sondern Rahmenbedingungen zu schaffen, damit junge Menschen – so wie sie es wollen – sich für Kinder und Familie entscheiden können.“ Familienförderung hat sich inzwischen von der sozialen Frage zu einem harten Standortfaktor für die Wirtschaft entwickelt. Die Wirtschaftskammern sehen dies schon länger, jetzt auch endlich die FWTM. Wir erwarten von der Wirtschaftsförderung, dass dieser Standortfaktor für Freiburg nicht wieder aus den Augen verloren wird!

Vielfalt sichern

Wir haben für die heutige Abstimmung den Antrag für einen „Zukunftsfonds“ gestellt: Im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich, im Sportbereich, für Stadtteilprojekte möchten wir einen „Projekt-Topf“ schaffen, aus dem für die verschiedenen Bereiche Unterstützung gewährt werden kann. Das kann zum Beispiel ein Theaterprojekt an einer Schule sein, wo Mittel fehlen, um ein Bühnenbild zu gestalten. Das kann im Bereich unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger für ein interkulturelles Fest die Übernahme der Raummiete sein, die Beispiele lassen sich fortsetzen. Wir wollen mit diesem Innovationsfonds kein neues institutionelles Zuschussfass aufmachen, denn dieser Fonds soll sich an der Höhe der Tilgung bzw. der Investitionen in Höhe von 1 Prozent orientieren. Wird wenig oder nicht getilgt oder investiert, ist auch wenig oder nichts in diesem Fonds.

Ausgrenzung verhindern

- Die SPD will die Jugendsozialarbeit an Schulen schneller ausbauen, deshalb unser Antrag auf Vorziehen der Ausbaustufe II an der Vigilius-Grundschule und der Adolf-Reichwein-Grundschule.
- Angesichts der neuesten Zahlen der Agentur für Arbeit und dem hohen Sockel der SGB-II-Empfänger in Freiburg ist uns die Jugendberufshilfe ein besonderes Anliegen.
- Ordentliche Bezahlung auch in der Kultur! Auch in den kulturellen Einrichtungen sind die Sachkosten gestiegen! Wir beantragen die Aufstockung von Zuschüssen aufgrund gesteigener Energiekosten, die Förderung von Musik- und Gesangsvereinen als Teil des Kulturkonzepts. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Anträge liegt bei der Weitergabe von Tarifierhöhungen, wie diese auch im Sozialbereich vorgenommen wurden. Es kann nicht sein, dass bei Personalkostenzuschüssen der Stadt – wohlgeachtet im tarifgebundenen Bereich – sich eine Zweiklassengesellschaft bildet. Die SPD will den Zustand des ehrenamtlichen Aufsichtsdienstes im Museum für Neue Kunst beenden, dort sind die Grenzen der Belastbarkeit erreicht.

Am Schluss noch einige Worte zum Thema Haushaltskonsolidierung, Verwaltungsreform, Gebäudesanierung und der Melodie, die zu diesem Thema seit einiger Zeit von der Mehrheit dieses

Hauses vorgespielt wird. Die Melodie hört sich fast so an, als wäre Freiburg seit 2002 auferstanden aus Ruinen...

Aber mal ganz sachlich: Gemäß den Darstellungen in den Haushaltsreden von Oberbürgermeister Salomon und Erstem Bürgermeister Neideck vom 16. 9. ist ersichtlich, dass die Stadt immer je nach ihrer Finanzkraft vor allem Sanierungen an den Schulen als Schwerpunktprogramm in die Haushalte gestellt hat. Und zwar aufgrund des politischen Willens des Gemeinderats. Die Behauptung, man habe bewusst Schulsanierungen und Sanierungen der Infrastruktur unterlassen, ist unwahr. Wir haben immer saniert, wir haben immer gebaut, ja sogar ganze Stadtteile, die uns schließlich mehr Einwohner und Grundsteuereinnahmen beschert haben! Und vergessen Sie bei der Bewertung der –zugegebenermaßen berechtigten – stolzen Zahlen der jetzt stattfindenden Schulsanierungen nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger dafür auch deutlich mehr Grundsteuer berappen müssen.

Seit Jahrzehnten befindet sich Freiburg auf dem richtigen Weg, es wurden weltweit anerkannte Modell-Stadtteile geschaffen. Nachhaltige Stadtentwicklung, das ist das Thema, warum wir als „Green City“ in der Welt Anerkennung finden, und nicht wegen eines Masterplans oder einer seit drei Jahren stattfindenden kontinuierlichen Entschuldung!

Sehr geehrte Damen und Herren, wir verabschieden heute den Doppelhaushalt 2009/2010, ein Haushalt mit fast unglaublichen Zahlen, in einer Zeit, wo wir auch viel Unglaubliches über die nahe Zukunft zu hören bekommen. Auf welchen Säulen der Haushalt zumindest im Jahr 2010 steht, können wir noch nicht einschätzen, jedenfalls stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt zu. Und an dieser Stelle sei noch den Bürgerinnen und Bürgern gedankt, die an den verschiedenen Formen des Beteiligungshaushalts teilgenommen haben oder in sonstiger Weise Interesse am Thema Haushalt gezeigt haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

UNABHÄNGIGE LISTEN

Eine schöne Bescherung

„Bei uns ist Ihr Geld sicher!“ Weithin sichtbar rankt das Transparent mit dieser Aussage um das halbrunde Dach des städtischen Theaters. Nachdem der Finanzbürgermeister auf der Jagd nach den meisten Zinserräten eine herbe Pleite erleben musste und langsam immer weiter zurückrudert, spricht das Theater von anderen hoffnungsvollen bankfernen Anlagepraktiken. Nirgends ist Geld sicherer angelegt als mit einem Kartenkauf beim Stadttheater oder bei den



Fraktionsvorsitzender Atai Keller

freien Theater- und Kultureinrichtungen, keine Geldanlage ist sicherer und zukunftsorientierter und damit nachhaltiger als der Besuch eines Museums oder einer Galerie oder eines Konzerts. Es gibt nämlich noch eine andere Welt neben der des normalen Geldanlegens, des Geldsicherns, des Geldhortens und des Geldsparens, es ist die Welt der Geldanlage und der Investition in die Kultur, in die Kunst.

Meine Damen und Herren, das kann doch nicht wahr sein! Sie geben für einen Stand auf der Weltausstellung in Shanghai 300.000 Euro aus, und die gesamte Kulturentwicklung soll 50.000 Euro bekommen. Solange in diesen Dimensionen gedacht wird, wird in Freiburg die städtische Entwicklung nur unter vermarktungsfähigen Gesichtspunkten gesehen. Deswegen haben SPD und wir einen „Fonds für ein zukunftsfähiges Freiburg“ nach § 34 in den Gemeinderat eingebracht, über

den nachher abgestimmt wird. Es ist schon traurig genug, dass wir auf die Idee kommen müssen, einen solchen Innovationsfonds zu beantragen, damit neue Ideen eine finanzielle Grundlage haben.

Wie kann man sich einem Plan verschreiben, der auf zehn Jahre hin angelegt nur Schuldenabbau und Investitionen in Altbestand vorsieht? Was ist nachhaltiger: Schuldenabbau oder Investitionen in die kulturelle und soziale Zukunft? Unserer Meinung nach vertreten Grün-Schwarz eine rückwärtsgerichtete Politik, die für eine lebendige Stadt zur Auszehrungsfalle wird. Auch wir sind für einen Schuldenabbau, aber er muss sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen.

Der Freiburger Vorzeigestadtteil Vauban entstand wesentlich durch die Aktivitäten seiner Bewohner im Forum Vauban. Diese Aufbruchstimmung ist längst vorbei. Die Errungenschaften im Klimaschutz werden zunehmend verwaltet. Die Anstrengungen Freiburgs in der Wärmedämmung im Altbau, im Ausbau des ÖPNV und des Fahrradnetzes sind beachtlich, bleiben aber gleichwohl hinter den Notwendigkeiten eines effektiven Klimaschutzes zurück.

Während die ganze Welt überlegt, wie man aus der momentanen globalen Krise herauskommt und neue Formen des Wirtschaftens und Zusammenlebens stärken kann, wird in Freiburg immer noch munter und kleinkariert die Privatisierung vorangetrieben. Nicht nur beim jüngsten Versuch mit dem Westbad und in der Konsequenz bei allen Bädern der Stadt, sondern durch die weiteren Einsparungen im Personalbereich in Höhe von 6 Millionen in den nächsten beiden Jahren. Damit werden die Ämter immer weniger in der Lage sein, ihre originären städtischen Aufgaben erfüllen zu können. Zunehmende Fremdvergaben werden die Folge sein. Wir lehnen vor allem auch deshalb den vorliegenden Haushalt ab. Die schwarz-grüne Allianz vermittelt eine grassierende Kälte in der Stadt. Unter dem Gesichtspunkt von Vermarktung und Verwertung wurden auch die letzten ruhigen innerstädtischen Örtlichkeiten, die Mehlwaage und der Adelhäuserplatz, „kneipiert“. Ein beträchtliches Areal wird auf dem Schlossberg aus dem Naturschutz herausgerissen, damit dort ein Hotelneubau mit 80 Stellplätzen zulässig wird, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Die Abschaffung des Baudezernats steht unserer Meinung nach für eine Geringschätzung einer aktiven städtischen Bau- und Stadtentwicklungspolitik. Die Gesellschaft ändert sich, und wir brauchen eine Stadt, die sich dessen bewusst ist und sich den neuen Herausforderungen stellt. Das geht weit über die Sanierung maroder Mauern oder Brückenpfeiler hinaus. Wie froh können wir sein, dass Schwarz-Grün in den letzten zwei Jahren mit wesentlichen Punkten ihrer Politik nicht durchkam: Dem Verkauf der Stadtbad mit 8500 Wohnungen, der Schließung des Adelhäusermuseums oder dem Verkauf von sanierungsbedürftigen Freiburger Schulen an einen Investor im Rahmen von PPP.

Eine Kulturstadt ist nur eine Kulturstadt und auch eine Wissensstadt, wenn sie ihren Bürgerinnen und Bürgern ein gerechtes und anteiliges Leben garantiert, wenn sie für die Bewohnerinnen und Bewohner ausreichend billigen Wohnraum zur Verfügung stellt und die Mieten bezahlbar macht. Wir müssen alles dafür tun, dass jedes Kind und jeder Jugendliche, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, eine so gute Ausbildung bekommt, dass er seine Zukunft als Erwachsener in seine eigenen Hände nehmen kann. Jedes junge Paar und jede Familie muss die Möglichkeit erhalten, Berufstätigkeit und Kinderwunsch in Einklang bringen zu können. Nur so schaffen wir eine Voraussetzung für berufliche Chancengleichheit von Frauen. Grund genug, in Bildung und Betreuung viel schneller, viel mehr zu investieren. Flächendeckende Ganztagschulen, besser noch Gesamtschulen, können nicht warten, bis eine weitere Generation von Schülerinnen und Schülern die Schule durchlaufen hat. Eine Ganztagschule bislang pro Schultyp ist kein Ruhmesblatt, und wenn Sie dann auch noch über unzulängliche personelle Ausstattung klagen muss wie die Vigilius-Grundschule, dann erst recht nicht. Stimmen sie deshalb unserem Antrag nachher zu. Für eine „Schule mit Zukunft“ müssen wir noch viel tun, deshalb hat auch die gleichnamige Initiative unsere volle Unterstützung.

Freiburg ist die Stadt der Bürgerbeteiligungen. In allen Entwicklungsprozessen der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass die Bürgerschaft ein enormes Interesse hat, mitzugestalten. In diesem Sinne wollen wir auch eine Verbesserung des Beteiligungshaushaltsverfahrens erreichen. Ziel muss die Einrichtung von möglichst vielen Stadtkonferenzen sein. Ein Sozialticket für Bus und Bahn – möglichst bald – und ein Freiburg-Pass für die sozial Schwachen sind Voraussetzung für eine Stadt von morgen, um sich als Stadt dann mit gutem Grund und ganzheitlich um internationale Anerkennung bemühen zu können.

Unser Dank gilt besonders den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich tagein, tagaus mit Anliegen befassen, die in der Stadt ungenügend bearbeitet werden, oder die sich mit Themen beschäftigen, wo es grummelt und rumort. Ob der Runde Tisch gegen Hartz IV, der sich mit großem Engagement um Belange der Menschen kümmert, die einem mangelhaften und intransparenten Sozialsystem ausgeliefert sind, oder die STEP-Frauen, die sich vorbildhaft und fraktionsübergreifend seit Jahren um eine nachhaltige Stadtentwicklung mit Konzepten und Veranstaltungen bemühen, oder das Architekturforum als Mahner einer verantwortlichen Baupolitik oder das Klimabündnis oder die Initiative „Kultur-machtreich“, um nur einige zu erwähnen. Lassen Sie uns mit all diesen Initiativen zusammenarbeiten und sie unterstützen, anstatt sie abzuwehren.

Am 1.8.2006 hat der Gemeinderat die Aalborg Commitments unterzeichnet, in denen die Ziele einer kulturellen und sozialen städtischen Gesellschaft von morgen festgelegt wurden. Jetzt, zwei Jahre später, müssen wir erkennen, wie wenig von den Zielsetzungen wir bisher umgesetzt haben.

Die vollständige Rede finden Sie im Internet unter: www.unabhaengige-listen-freiburg.de

FREIE WÄHLER

Krise und Chance

Zu Beginn meiner Rede möchte ich nicht groß auf die Finanz- und Wirtschaftskrise eingehen. Ich verleugne aber nicht, dass auch wir Freiburger die Auswirkungen des Wirtschaftsabschwungs zu



Fraktionsvorsitzender Gerolf Staschull

spüren bekommen. Doch ich denke, dass wir von den Chinesen lernen können. Sie haben dasselbe Schriftzeichen für die Worte Krise und Chance. Die Finanzlage wird im Jahr 2009 trotz derzeit noch guter Konjunktur angespannt sein. Nachhaltige Haushalts-

konsolidierung muss auf der Ausgabenseite ansetzen. Der vorliegende Haushaltsentwurf für die nächsten zwei Jahre steht unter einem anderen Stern als der, den wir vor eineinhalb Jahren verabschieden mussten. Sprudelnde Steuereinnahmen, noch mehr als die Steuerschätzung im Mai voraus sagte, ließen bei der Erstellung des Haushaltsentwurfs nicht geahnte Spielräume, aber keine Spielwiesen zu. Die guten Eckdaten beruhen aber nicht allein auf Zuwendungen durch Bundes- und Landeszuweisungen, sondern wurden zu einem großen Teil durch die positiven Auswirkungen der Verwaltungsreform erwirtschaftet. Mit dem Wissen, dass die Steuereinnahmen nicht jährlich weitersteigen, sondern aus vorgenannten Gründen auch einbrechen können, sind die Erarbeitung und der Erfolg der Verwaltungsreform zu einem der wichtigsten Instrumente der Haushaltsstrukturreform geworden.

Wir Freie Wähler setzen unser Vertrauen in die Menschen, die ihre Lebensverhältnisse selbst am besten und ohne staatliches Zutun regeln können. Nur in den Fällen, in denen die Menschen selbst nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben und Probleme zu lösen, und davon gibt es leider immer mehr, ist staatliches Handeln geboten. Lassen sie mich einige wichtige Punkte, die uns bei den Haushaltsberatungen beschäftigten, hervorheben. Alle Steuermehreinnahmen werden ausschließlich zur Sanierung von Schulen, notwendigen Investitionen und zum Schuldenabbau zur Entlastung der nachfolgenden Generation verwendet. Deshalb war es uns auch nicht möglich, damals vorgenommene Kürzungen aufgrund einer verbesserten heutigen Haushaltslage zurückzunehmen.

Der Sozialbereich belastet den städtischen Haushalt nach wie vor am meisten. Trotz des sozialen Netzes vom Bund und Land müssen jährlich mehr als 90 Millionen Euro aufgebracht werden. Die größten Probleme bereiten die steigende Kinderarmut, die Arbeitsmarktsituation und die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Finanzielle Hilfen für die Mitbürgerinnen und -bürger, die sie am notwendigsten haben, müssen Vorrang vor noch so gut gemeinten Projekten und Präventionsarbeit stehen. Erfreulicherweise ist heute der Handlungsspielraum, dank einer strukturell verbesserten Haushaltsführung, etwas größer, sodass gezielte und neuformulierte Hilfen gewährt werden können. Die Stadt nimmt richtig viel Geld in die Hand und baut das Angebot für Kinderbetreuung – mehr als derzeit der Gesetzgeber fordert – Schritt für Schritt aus. Um aber den Rechtsanspruch zu verwirklichen, bis 2013 Plätze für durchschnittlich 35 Prozent der unter Dreijährigen zu schaffen, müssen Bund und Land mehr Mittel als bisher veranschlagt zur Verfügung stellen.

Wenn es um Bildung geht, ist Geld nicht alles. Wir brauchen eine Diskussion darüber, wie wir zu einem Einstellungswandel kommen, nicht nur in den Kinderzimmern und Elternhäusern, sondern eben auch in unseren Bildungseinrichtungen. Jede Bildungsinstitution muss lernen, sich als Teil eines übergreifenden Prozesses zu verstehen, in dessen Mittelpunkt der Lernende steht. Von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterqualifizierung Älterer gibt es bei uns einen erheblichen Nachholbedarf.

Freiburg ist eine Stadt der Kulturen und der Künste. Vor wenigen Tagen wurden die Handlungskonzepte Kulturelle Bildung, Kulturelle und Interkulturelle Vielfalt, Kulturelles Erbe sowie Stadt der Künste verabschiedet und finanziell unterlegt. Die Zielvereinbarung mit dem Eigenbetrieb Theater ist für uns ein wichtiger Schritt dahin, zukünftig kein Theater ums Theater mehr zu haben. Neben dem Flaggschiff müssen aber auch die Freien Theater und die kulturellen Träger ihre Daseinsberechtigung haben und bedürfen, allerdings gezielt, der Unterstützung aus dem Kulturretat, der sich immerhin in den kommenden beiden Jahren auf jeweils rund 26 Millionen Euro beläuft.

Ein wichtiges Thema ist die Realisierung der nun fast zwei Jahrzehnte dauernden Planung der Sporthalle am Berufsschulzentrum an der Bissierstraße. Nicht erst seit der Verabschiedung des Sportentwicklungsplans steht fest, dass in Freiburg mindestens zwei dreigeteilte Sporthallen fehlen. Seit Jahren mahnen die Vereine Hallenkapazitäten für ihren Übungs- und Wettkampfbetrieb an. Wir müssen nach zeitnahen Lösungen suchen. Deshalb ist, nachdem leider auch in der mittelfristigen Finanzplanung keinerlei Mittel für die Errichtung einer Sporthalle eingesetzt sind, zu überlegen, ob nicht zum Ziel einer Realisierung durch ÖPP, welches wir aus der Notlage unseres Haushalts vor knapp zwei Jahren schon einmal ins Auge gefasst haben, eine politisch gewollte Innovationsoffensive gestartet werden sollte.

Mit dem erstmals im Rahmen des Doppelhaushalts 2009/2010 eingeführten Beteiligungshaushalt hat Freiburg Neuland betreten. Während viele Kommunen in Baden-Württemberg und vor allem darüber hinaus schon Erfahrungen sammeln konnten,



Durchblick war von den Gemeinderätinnen und -räten in den Haushaltsberatungen gefordert. Noch in der letzten Sitzung gab es rund 40 strittige Anträge. (Fotos: M. Spiegelhalter)

stehen bei uns erste Ergebnisse fest. Neu war das erstmals eingeführte Verfahren des Gender Budgeting. Wir waren mit dem Konzept, der Vorbereitung und der Durchführung aller drei Verfahrensschritte zufrieden und erwarten gespannt in Kürze den Abschlussbericht. Erst dann sollte man über das weitere Vorgehen und deren Finanzierung beraten.

Es ist gut so, dass sich die Parteien, auch in diesem Hause, voneinander unterscheiden. Und es ist gut so, dass wir uns von den Parteien unterscheiden. Der gravierende Unterschied liegt darin, dass wir uns ausschließlich den Bürgerinnen und Bürgern, und zwar allen, verpflichtet fühlen, ihre Interessen in der Kommunalpolitik zu vertreten. Denn dafür, und nur dafür, haben wir das Mandat auf Zeit von ihnen erhalten.

FDP

Die Rezession wird auch Freiburg treffen

Der vorliegende Doppelhaushalt wurde am 16. September 2008 eingebracht – in heiter-gelassener Stimmung. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass die Verwaltungsspitze vor Kraft kaum mehr



Sprecher Patrick Evers

laufen kann: Noch nie waren die Erwartungen von Verwaltung und Gemeinderat durch die tatsächliche Entwicklung der städtischen Finanzen so über Erwartungen übertroffen worden, wie in den beiden Jahren des zurückliegenden

den Doppelhaushalts 2007/2008.

Um noch einmal daran zu erinnern: Die schlimmsten Haushaltsjahre waren rückblickend die Jahre 2004/2005. Schon 2006 – wo ein Nachtragshaushalt nicht genehmigungsfähig erschien und daher von der Verwaltung gar nicht erst eingebracht wurde – entwickelte sich dann doch besser als erwartet. Diese glückliche Entwicklung führte zu einer geradezu euphorischen Stimmung bei Oberbürgermeister, Erstem Bürgermeister und der übergroßen Mehrheit des Gemeinderats.

Das Ende der Euphorie

Aus Sicht der FDP-Stadträte wäre es nunmehr – drei Monate nach Lehman, womit ja eine neue Zeitrechnung in der globalen Finanzwirtschaft eingeleitet wurde – Zeit, wenigstens auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren. Die Haushaltsentwicklung auch der Stadt Freiburg wird von der globalen Finanzkrise im Jahre 2009 nicht unberührt bleiben. Wir können nicht mehr mit einer Stagnation rechnen, sondern wir müssen im nächsten Jahr mit einer Rezession und mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts um bis zu 4 Prozentpunkte rechnen. Tritt diese Entwicklung ein, so mag es sein, dass dies in den beiden ersten, vielleicht auch im dritten Quartal 2009 noch nicht spürbar ist. Spätestens im ablauf-

fenden Jahr 2009 und natürlich im Jahr 2010 werden die Auswirkungen auch Freiburg erreichen – und dann manche jetzigen Erwartungen innerhalb des Hauses, aber auch bei der Bevölkerung enttäuschen. Spielt dies keine Rolle, weil dann ein bestimmter Wahltermin vorbei ist?

Schuldenabbau und Sanierung müssen Priorität behalten

Aus Sicht der FDP-Stadträte war es richtig, nach dem Bürgerentscheid vom 12. September 2006 einen Masterplan aufzustellen, um der weiteren Verschuldung der städtischen Finanzen entgegenzutreten. Deshalb haben wir diesem Masterplan auch zugestimmt und tragen ihn weiterhin mit. Bei einigen der Initiatoren muss man daran inzwischen zweifeln.

Der Konsolidierungskurs muss fortgesetzt werden. Erfreulich ist, dass zusätzliche Einnahmen im Jahre 2008 nicht nur zu einem Vorziehen von Sanierungsmaßnahmen bei den Schulen führen konnten, sondern auch die Entschuldung etwas stärker möglich war, als geplant.

Richtig ist es weiter, dass in Maßnahmen zur Substanzerhaltung investiert werden muss. Und dies gilt nicht nur für das seit Jahren vernachlässigte Straßen-, Radwege- und Fußwegesetz, einschließlich von maroden Brücken, sondern insbesondere für die dringend notwendige Sanierung von Schulgebäuden.

Diese Ausgaben, die der Werterhaltung dienen, werden von der FDP nachhaltig unterstützt – wie seit Jahren. Es darf daran erinnert werden, dass es der Gemeinderat war, der gegen den zähen und haltenden Widerstand des damaligen Oberbürgermeisters (und auch des heutigen Finanzbürgermeisters) ein erstes Programm zur Altbauschulsanierung durchsetzen musste. Es ist zu hoffen, dass die begonnenen Sanierungsmaßnahmen zügig umgesetzt und (auch über den jetzigen Doppelhaushalt hinaus) zu Ende gebracht werden können.

Überflüssige Ausgaben vermeiden

Die FDP-Stadträte halten daran fest, dass für den Ausbau neuer Straßenbahnlinien, insbesondere auf dem Rotteckring, keine Mittel ausgegeben werden dürfen, solange der Erhalt der Infrastruktur nicht nachhaltig durchfinanziert ist.

Dazu gehört weiter, dass nicht ohne jeden sachlichen Hintergrund auch noch so vermeintlich positive Maßnahmen wie frühkindliche Sprachförderung oder Ferienbetreuung von Kindern als Ausgabepositionen beschlossen werden. Es ist überhaupt nicht klar, wie die Mittel verwendet werden sollen. Trotz entsprechenden Hinweises unsererseits liest man wenige Wochen nach dem Beschluss in der zweiten Lesung, dass nun die Vereine aufgefordert werden sollen, die bisher schon Ferienbetreuung anbieten, der Stadt die nötigen Informationen zu erteilen, wo die weiteren Mittel denn ausgegeben werden können. Dies hat mit nachhaltiger Politik nichts zu tun.

Wir werden daher nicht umhin kommen, den Konsolidierungskurs nachhaltig fortzusetzen. Auch wenn es im Jahre 2008 gelingt, die Verschuldung weiter als gedacht zu senken, haben wir in der Verwaltung und in diesem Hause seit Jahrzehnten eine Politik betrieben, die über die finanziellen Spielräume hinausging. Wird diese Politik fortgesetzt – und die bisherigen Haushaltsberatungen scheinen dies zu bestätigen –, so besteht die Gefahr, dass wir in der heraufziehenden Rezession spätestens Ende nächsten Jahres wieder gegenläufige Entscheidungen treffen müssen.

GRÜNE ALTERNATIVE

Haushalt mit Schiefelage

Wenn man die beiden Haushalte von 2007/08 und 2009/10 miteinander vergleicht, kann man fast nicht glauben, dass diese nur zwei Jahre auseinanderliegen. Die kommunalen Steuereinnahmen haben sich zwar verbessert, aber das allein erklärt nicht alles. Die nächsten zwei Jahre sind für die Politik in der Stadt Freiburg sehr wichtig: 2009 sind Gemeinderatswahlen und 2010 kann ein neuer Oberbürgermeister gewählt werden.



Sprecher Coinneach McCabe

den. Der vorliegende Haushalt ist der letzte vor diesen beiden – politisch wichtigen – Ereignissen und so gesehen ein Wohlgefühl-Haushalt.

Wir können sicher sein, dass wir uns in einer Weltfinanzkrise befinden. Daher gibt es absolut keinen Grund für eine Entwarnung. Wir wissen zwar nicht, wie es sich auf uns auswirken wird, aber dass es sich auf uns auswirken wird, ist nicht zu vermeiden. Und dass die finanziellen Ressourcen knapper werden und wir keine Hilfe von Bund oder Land zu erwarten haben, ist auch klar. Das zu leugnen und zu hoffen, dass die Wahlen vorbei sind, bevor es spürbar wird, wäre unverantwortlich.

Wohin entwickelt sich Freiburg?

Ein Haushalt ist eine finanzielle Bestätigung der allgemeinen Politik der Stadt. Die Hauptfrage, die sich mit diesem Haushalt stellt, ist: Wohin soll sich unsere Stadt entwickeln? Wir sind mit diesem Haushalt nicht einverstanden, weil wir mit der allgemeinen politischen Richtung, die hier eingeschlagen wurde, nicht einverstanden sind. Früher haben wir gesagt, Freiburg sei eine offene Stadt. Das wollen wir wieder über Freiburg sagen können.

Freiburg, die Umweltstadt?

Darüber hinaus soll Freiburg eine Umweltstadt bleiben: Daher lehnen wir die Planung teurer Straßenbauprojekte ab, insbesondere dann, wenn diese wenig Chancen auf Umsetzung haben, wie zum Beispiel der Stadttunnel. Eine Stadt, die über genügend Mittel verfügt, zwei Millionen zur Planung eines umweltschädlichen Stadttunnels zur Verfügung zu stellen, aber nicht genügend Geld dafür erbringen kann, einen vernünftigen Mietpreis auszusprechen, lässt eine Schiefelage in der Prioritätensetzung erkennen.

Freiburg, die Stadt der Bildung?

Wir sind froh, dass die Sanierung von Schulgebäuden angegangen wird. Wir müssen aber trotzdem darauf hinweisen, dass die Gebäudesanierung allein noch keine Bildungspolitik macht. Wir haben im Haushalt Vorschläge zum Bildungsbereich gemacht, etwa zum schnelleren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen wie auch zur Einführung von Bildungsgutscheinen. Es ist verwunderlich, dass so viel Geld „gefunden“ werden kann, um damit Schulgebäude zu finanzieren, aber wenn es darum geht, etwas innerhalb der Schule zu tun, wird bei viel niedrigeren Summen die Knappheit der Finanzen angemaht. Wir fordern in der Bildung mehr Einsatz auch in den Bereichen, die dem Masterplan nicht dienlich sind: Eine mindestens ebenso große Wertschätzung der SchülerInnen wie die der Gebäudesanierungen. Und genau da sehen wir auch den Schwerpunkt des Masterplans: Denn der legt seinen Schwerpunkt auf die Investition in Brücken, Straßen und Gebäuden, aber nicht auf die Menschen. Es besteht die Notwendigkeit, für eine stabile Finanzlage zu sorgen. Wir brauchen dementsprechend Konzepte und Planungen, die erkennen lassen, wo wir hinsteuern wollen, und die deutlich machen, in welche Richtung die Entwicklung von Freiburg gehen soll.

Wir alle sind davon abhängig, dass die Stadt Freiburg zahlungsfähig bleibt. Das ist unbestritten. Aber wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass der Wert eines Bereichs daran gemessen werden kann, wie viel Geld wir ihm zuteilen. So lassen sich die Auswirkungen von (fehlenden) Investitionen in den Bereichen Bildung oder Soziales nicht in einer Kosten-Nutzen-Rechnung erfassen.

Freiburg, Stadt der Beteiligung?

Wir befürworten und fordern ein gesellschaftlich wie politisches Miteinander und nicht ein Gegen-einander. Der Beteiligungshaushalt unterscheidet sich grundlegend von einer BürgerInnenumfrage, in der lediglich Mehr- und Minderheiten erfasst werden können und eine Mehrheitsentscheidung angestrebt wird. Der Beteiligungshaushalt ist als Prozess zu sehen, in dem die Arbeitsbereiche und -weisen der Stadt den BürgerInnen transparenter gemacht werden sollen, ein Dialog, der zwischen den BürgerInnen untereinander sowie mit der Stadt stattfinden kann. Sich zu treffen und auszutauschen, ist ein wichtiger Aspekt dabei, denn das bedeutet auch: Selbstverantwortung, andere zu Wort kommen lassen, die Bereitschaft zuzuhören, Vertrauen zu schaffen und Ideen und Perspektiven selber zu entwickeln. Durch diesen Prozess kann es möglich werden, dass Entscheidungen eher verstanden werden können. Ebenso liegt unsere Hoffnung darin, dass auch der Gemeinderat etwas über die Anliegen der BürgerInnen unserer Stadt lernen kann.

Die gesamte Rede finden Sie auf unserer Homepage unter <http://galfr.wordpress.com>